

# Die Stimme

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die 6spaltige Borgiszelle 20 Pfennig.  
Im Monnment oder bei Wiederholung entsprechend billiger.  
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.  
Eingetragen in der Post-Zeitungspreislifte.  
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wolfmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an D. Biele, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Nummer 15/16.

Mun a. Donau, den 21. April 1916.

27. Jahrgang

**Inhalt:** Gemeinsame Förderung gewerblicher Interessen. — Unser Verbandstag. — Vorratswirtschaft — eine Zukunftsforderung. — Ehrentafel. — Bahnschutz im besetzten russischen Gebiet. — Partei und Gewerkschaften. — Vorkläufige und Dauerrente. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — K u n d s c h a u: Die Einnahmen der Invaliden- und Angestelltenversicherung. — Eine neue Kriegswaisenversicherung. — Aus der Rechtsprechung: Haben verwundete Kriegsteilnehmer Anspruch auf Krankengeld? — Patentschau. — Literarisches. — Briefkasten. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

## Gemeinsame Förderung gewerblicher Interessen.

Die Tariftgemeinschaft, welche der Arbeitgeber-Schutzverband mit den Organisationen der Holzarbeiter bildet, hat während des Krieges eine beachtenswerte Fortentwicklung erfahren. In den wiederholten Zusammenkünften der Zentralvorstände wurden verschiedentlich Fragen erörtert, welche, ohne direkt zu dem in den Tarifverträgen geregelten Gebiet zu gehören, doch die Interessen beider Tarifparteien lebhaft berühren und im Interesse des Gewerbes eine gemeinsame Behandlung wünschenswert erscheinen lassen. Das setzt allerdings voraus, daß es nicht bei den Besprechungen der Zentralvorstände bleibt, sondern daß auch die örtlichen Vertragsparteien sich zusammensuchen und unter Zurückstellung der trennenden Momente die gemeinsame Förderung der gewerblichen Interessen energisch und zweckbewußt in die Hand nehmen. So waren die auf Anregung der Zentralvorstände seit dem Herbst 1914 an vielen Orten errichteten Arbeitsgemeinschaften gebacht, die z. B. bei der Hereinbringung von Aufträgen für das Holzgewerbe recht beachtenswerte Erfolge erzielt haben.

Nicht an allen Stellen haben die Anregungen der Zentralvorstände das erwartete Verständnis gefunden, verschiedentlich machten sich gegen die Bestrebungen, die von den Zentralvorständen verfolgt werden, Widerstände geltend, die eine Aussprache in größerem Kreise wünschenswert erscheinen ließen. So kam man zu dem Entschluß, eine größere Versammlung von Vertretern aller Vertragskontrahenten abzuhalten. Diese Konferenz hat am 10. und 11. April in Berlin getagt unter Teilnahme von Organisationsvertretern aus allen Teilen des Reiches. Es waren erschienen: 30 Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, 24 Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, fünf Vertreter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und zwei Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Holzarbeiter. Auf der Tagesordnung standen folgende drei Punkte:

1. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für das Holzgewerbe (Heereslieferungen, Submissionswesen usw.).
2. Die Lehrlingsfrage (Schwierigkeiten in der Heranbildung geeigneten Nachwuchses).
3. Die Arbeitsvermittlung nach dem Krieg (Unterbringung der aus dem Felde Zurückkehrenden, Fürsorge für die Kriegsbeschädigten usw.).

Für jeden dieser Punkte war je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter als Referent vorgesehen. Den ersten Vortrag hielt Obermeister Knieß-Cassel. Er behandelte vornehmlich das interessante Kapitel der Vergebung von Heereslieferungen. Es sind im Laufe der Zeit auch auf diesem Gebiet Verbesserungen erzielt worden. Auch das Handwerk wird jetzt mehr berücksichtigt, besonders, seitdem der Handwerks- und Gewerbelammertag in Hannover eine Vermittlungsstelle für Heeresaufträge errichtet hat. Die Heeresverwaltung verhandelt jetzt auch mit den von den Innungen gebildeten Liefergenossenschaften. Man macht aber noch öfters die Erfahrung, daß versucht wird, sich der Handwerker-genossenschaften als eines Mittels zur Herabdrückung der Preise zu bedienen. Auch wird bei der Verteilung der Aufträge öfters übersehen, daß das Angebot der Genossenschaft nicht von einer Einzelsfirma ausgeht. Der zugewiesene Auftrag, der auf die Mitglieder zu verteilen ist, fällt dann zu klein aus. Bei der Bekämpfung des Grandtages, daß bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten der Billigkeit vorzuzug wird, rechnen die Handwerker auf die Mitwirkung der Arbeitgebervertreter in den Parlamenten, besonders in den Gemeindevertretungen. In dieser Beziehung und bezüglich der Bevorzugung der ortsanfängigen Meister sind aber die Erwartungen öfters getäuscht worden. Trotz mancher Verbesserungen ist die Hoffnung, daß infolge des Krieges die Wünsche der Handwerker bei den Behörden mit größerem Wohlwollen behandelt werden, im allgemeinen enttäuscht worden. Es sind noch viel zu viel Aufträge

in die Hände von Zwischenhändler gelangt, die den Rahm abschöpfen. Eine wichtige Aufgabe für unsere Schlichtungskommissionen wäre es, durch gemeinsames Auftreten bei den Behörden zu verhindern, daß die Aufträge in ungeeignete Hände geraten. Hier ist ein dankbares Feld für gemeinsame Tätigkeit, das wir fleißig beackern sollten.

Neumann-Berlin wies darauf hin, daß die Arbeiter insbesondere auch bei den Tarifverhandlungen die Lage des Gewerbes stets im Auge hatten. Die gemeinsamen Aufrufe der Zentralvorstände zu Beginn des Krieges sind vielfach überhört worden. Als die größte Arbeitslosigkeit beseitigt war, ist wenig mehr im Sinne eines Zusammenwirkens beider Parteien geschehen. Die von den Zentralvorständen gegebene Anregung an die Ortsparteien, gemeinsam Material über die Mißstände bei der Vergebung von Aufträgen zu sammeln, hat kein nennenswertes Ergebnis gezeitigt. Wir dürfen es nicht beim Reden bewenden lassen. Die Schuld, daß bisher so wenig geschehen, liegt an der Interesslosigkeit der Arbeitgeber. Der Redner stellt dann Betrachtungen an über den Erfolg, der durch den Aufruf zu gemeinsamer Arbeit in den einzelnen Teilen des Reiches erzielt wurde, und kommt zu dem Resultat, daß dort, wo die Arbeitgeber der Sache Interesse entgegengebracht haben, auch recht annehmbare Resultate erzielt wurden. In der Bekämpfung der Mißstände bei Submissionen müssen die Arbeitgeber die Führung haben, die Arbeiter sind gerne bereit, nach Kräften mitzuwirken. Die Zeit drängt: wir müssen daran denken, wie es werden soll, wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren. Sie würden uns mit Recht Vorwürfe

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde einerseits noch mehr Material über Mißstände bei der Vergebung von Aufträgen zutage gefördert, andererseits aber auch viele Klagen der Arbeiter vorgetragen über mangelndes Entgegenkommen der Arbeitgeber und geringes Verständnis für den Wert der gemeinsamen Arbeit. Der Verlauf der Diskussion berechtigt aber zu der Erwartung, daß die Besprechung aufklärend gewirkt hat. Man darf an sie die Erwartung knüpfen, daß künftig die Vertragsparteien an den einzelnen Orten in höherem Maße als seither verständnisvoll zusammenarbeiten zur Förderung der gemeinsamen Interessen.

Die Lehrlingsfrage wurde von Obermeister Kahardt und Kayser-Berlin unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Beide Redner stimmten darin überein, daß der beruflichen Ausbildung der Lehrlinge in der Werkstatt die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, und beide erkannten auch den Wert der beruflichen Fortbildungsschule an. Arbeitgeber und Arbeiter haben ein großes Interesse daran, daß dem Gewerbe ein intelligenter und beruflich tüchtiger Nachwuchs gesichert wird. Für das Zusammenwirken der beiderseitigen Organisationen in der Lehrlingsfrage legte Kayser Vorschläge vor, die nach einer interessanten Aussprache den geschäftsführenden Vorständen überwiesen wurden, die sich weiter mit dieser Frage beschäftigen werden.

Zur Arbeitsvermittlung nach dem Kriege wurde das einleitende Referat von Leipart gehalten. Er betonte die Notwendigkeit, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um der Schwierigkeit, welche der Arbeitsvermittlung nach Beendigung des Krieges harren, Herr zu werden. Diese Schwierigkeiten wurden auch von der Regierung anerkannt. Die in der Sache ergangenen Bundesratsverfügungen legen aber mehr Wert auf die Statistik und berückichtigen zu wenig das praktische Bedürfnis nach Unterbringung der Arbeitslosen. Neben auf die Zentralisierung der Arbeitsnachweise gerichteten Bestrebungen droht die Gefahr, daß sowohl Arbeitgeber als Arbeiter von der Mitwirkung auf diesem wichtigen Gebiet ausgeschlossen werden, und daß die Bürokratie die gesamte Arbeitsvermittlung an sich reißt. Hier gilt es für beide Teile, sich rechtzeitig zu regen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Wir müssen uns gemeinsam den beruflichen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung sichern. Wenn wir unsere Erörterung auch auf die Unterbringung der Kriegsbeschädigten beschränken, so ist doch die Zahl der letzteren so groß, daß es sich praktisch um die allgemeine Arbeitsvermittlung handelt. Auf diese wie auch auf die Berufsberatung der Kriegsbeschädigten muß die Berufsvertretung den maßgebenden Einfluß ausüben. Die Arbeiter verfolgen hierbei kein Sonderinteresse, sondern es handelt sich um eine Angelegenheit, die in gleicher Weise auch die Interessen der Arbeitgeber berührt.

Obermeister Kahardt erklärte hierzu, daß es auch nach Ansicht der Arbeitgeber die höchste Zeit sei, sich um die Regelung der Arbeitsvermittlung zu kümmern, um Einfluß auf die bevorstehende gesetzliche Regelung dieser Materie zu gewinnen. Hierbei ist zu beachten, daß an vielen Orten gut funktionierende städtische Arbeitsnachweise vorhanden sind. Unsere Aufgabe könnte es nur sein, zu veranlassen, daß die örtlichen Schlichtungskommissionen Beauftragte wählen, die sich den städtischen Behörden zur Mitarbeit auf diesem Gebiete zur Verfügung stellen. Die bevorstehende Gesetzgebung wird die Bestimmungen über die Einrichtung der Arbeitsnachweise durch Ortsstatut regeln lassen. Das müssen wir im Auge behalten und danach streben, daß wir uns den fachlichen Einfluß sichern. Als in der Diskussion Zweifel geäußert wurden, ob die in Aussicht gestellten Schritte zu dem gewünschten Erfolg führen würden, betonte Obermeister Kahardt, daß es dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes durchaus Ernst sei mit dem Wunsch, durch Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen für die Vertreter des Gewerbes einen bestimmenden Einfluß auf die Arbeitsvermittlung zu gewinnen. Es liege ein einstimmiger Beschluß des Gesamtvorstandes des Arbeitgeber-Schutzverbandes vor, sämtliche Bezirksverbände anzuzweiigen, die Sache mit der größten Beschleunigung in die Hand zu nehmen und energisch zu fördern. Es werden also demnächst überall Sitzungen der Schlichtungskommissionen stattfinden zum Zwecke der Beschlußfassung in der Arbeitsnachweisfrage.

Wie über die anderen Punkte der Tagesordnung, so wurde auch über die Frage der Arbeitsvermittlung eine anregende Diskussion gepflogen, an welcher sich Angehörige aller vertretenen Organisationen beteiligten. Leider gestattet es der Raum nicht, hier näher auf die behandelten Fragen einzugehen. Es sei jedoch bemerkt, daß beschlossen wurde, das Protokoll der Konferenz im Druck erscheinen zu lassen, um damit weiteren Kreisen der Berufsangehörigen Gelegenheit zu geben, sich über die bedeutamen Verhandlungen zu informieren.

**231970,26 Mf.**

sind während der Kriegszeit an die Mitglieder des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands an Gesamtunterstützungen von uns gezahlt worden. Kollegen! beachtet diese Summe bei der Agitation!

**Werbt neue Mitglieder für den Gewerksverein!**

machen, wenn wir nicht rechtzeitig für Arbeit gesorgt hätten. Die örtlichen Vertreter müssen Ausschau halten nach Aufträgen, auch solchen, die erst viel später in Betracht kommen. Vorkarbeiten für Bauten usw. könnten schon frühzeitig in Angriff genommen werden. Solche Schritte versprechen mehr Erfolg, wenn sie gemeinsam unternommen werden. Es muß jedoch gewünscht werden, daß der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes intensiver auf seine Bezirksverbände einwirkt, damit diese sich der gemeinsamen Arbeit nicht entziehen. Bei der Bekämpfung der Schmuckkonturrenz müßte den Arbeitgebern die Mithilfe der Arbeiter wertvoll sein. Die Schlichtungskommissionen müßten den betreffenden Meister vorladen, und nötigenfalls müßte er von beiden Parteien honoriert werden. Eine geregelte Arbeitsvermittlung würde hierbei wertvolle Dienste leisten. Empfehlenswert sind gemeinsame Eingaben. Als wirkungsvoll dürfte es sich erweisen, wenn diese mit örtlichem Material belegt sind. Den Arbeitgebern obliegt es aber auch, der bedrängten Lage der Arbeiter zu gedenken. Nicht einmal dort, wo reichlich Arbeit vorhanden ist, sind überall Feuerungszulagen gezahlt worden, ja manche Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes haben ihren Mitgliedern direkt verboten, solche Zulagen zu gewähren. In Bezug auf die Feuerungszulagen muß viel mehr geschehen als bisher. Wir sind mit vollem Interesse bei der gemeinsamen Arbeit zur Besserung der Lage des Gewerbes. Wenn auch die Arbeitgeber überall dieses Interesse zeigen, dann wird das dem Gewerbe zum Vorteil gereichen.

# Unser Verbandstag.

Die Mehrheit des Centralrats hat beschlossen, den ordentlichen Verbandstag zu Pfingsten abzuhalten. Die Meinungen darüber gingen weit auseinander, da ein Teil sich sagte, daß dieser verlorene Zeit nicht imstande ist, alle die wichtigsten Fragen, welche unser ganzes Berufsleben so tief einschneiden können, mit Erfolg behandelt werden können. Diese Ansicht hat zweifellos etwas für sich, doch hat es sehr selten Jemand über das Jhre und Wider die Zeit zu verschwenden, da es nun einmal beschlossene Sache ist. Man kann diejenige Versammlung, die schon lange auf eine Einberufung des Verbandstages drängten, da der bisherige Zustand in der Verbandstätigkeit als unhaltbar bezeichnet werden muß. Es hat auch keinen Zweck, über diese Tatsache mit schönen Redensarten hinwegzuführen. Welken wir eine gründliche Befragung der Verhältnisse herbeiführen, so müssen wir die bestehenden Mängel und Schäden rückhaltlos aufdecken, hieran werden auch die Abgeordneten nicht vorbeigehen können. Kern liegt uns, der jetzigen Zeitung tragend einen Vorwurf zu machen, das liegt eben gar nicht in den Verhältnissen. Unliebsam ist es allerdings empfinden, daß uns gerade in dieser schweren Zeit, wo es galt, mit den verschiedenen Korporationen, Verbänden u. dergl. Fühlung zu nehmen, ein Mann steht, der an der Spitze der Gesamtorganisation stehend, beiseite war, die Interessen der Gewerbetreibenden nach allen Seiten hin zu wahren. Die dauernde Krankheit des Kollegen Goldschmidt, welche zu dessen Pensionierung geführt hat, hat vieles verhindert. Gewiß haben andere Kollegen tatkräftig eingegriffen, dies konnte naturgemäß nicht so gelingen, wie es im Interesse der Gesamtheit lag. Das Baumrängenmerkmal für die Verhandlungen zum Verbandstage ist daher auch auf die Person des zu wählenden Leiters der Gesamtorganisation gerichtet. Zweifellos wird es gelingen, die geeignete Person hierzu zu finden. Wir dürfen unsere Erwartungen jedoch nicht zu hoch spannen. Wenn es in den letzten Jahren nicht so vorwärts gegangen ist, wie es erwünscht war, wenn manche Widerwärtigkeiten zu überwinden waren, so ist man nun zu leicht geneigt, die Schuld auf die bisherige Leitung zu wälzen, und erwartet nun von der neuen Kraft mit einem Schlage eine Besserung. Daß selbst die beste Kraft nicht ausreicht, alle diese Schwierigkeiten zu überwinden, zumal in dieser schwer bewegten Zeit, wird uns ohne weiteres einleuchten. Die Abgeordneten werden keinen allzuleichten Stand haben, da sie eine große Verantwortung übernehmen. Große einschneidende Fragen werden kaum behandelt werden können, deshalb haben wir auch unsererseits von Stellung von Anträgen Abstand genommen. Wir sind uns ohne weiteres klar, daß nach dem Kriege doch ein außerordentlichcr Verbandstag kommen muß, um alle Fragen einer Neuorientierung eingehend zu erörtern. Daß die Frauenfrage einer gründlichen Besprechung unterzogen werden muß, halten wir für selbstverständlich, da uns die Beschäftigung der Frauen in der Industrie für spätere Zeit so manche Aufgabe zu lösen geben wird. Auch wird sich der Verbandstag mit der parlamentarischen Vertretung beschäftigen. Diese Frage ist nicht neu. Niemals haben wir es wohl so unliebsam empfunden, daß wir keine Vertretung in den Parlamenten haben, wie in dieser Zeit des Krieges, hoffen wir daher, daß es diesmal gelingt, sichere Wahlkreise zu erhalten. So werden ja den Verbandstag noch eine Reihe andere Fragen beschäftigen. Wünschen können wir nur, daß die Verhandlungen das bringen, was im Interesse des Gesamtverbandes der Deutschen Gewerbetreibenden liegt.

lung des Verhältnisses zwischen Produktion und Konsum, die dauernde Überwachung des Wirtschaftsmarktes, der Preisbildung, die kurzfristig zu wiederholende Kontrolle des Zugangs und Abgangs der Waren, der Einfuhr und Ausfuhr und schließlich die aus dem wirtschaftlichen Gesamtzustand resultierende Garantie für das Vorhandensein eines Lebensmittelvorrats, der uns für eine vorbestimmte Zeitdauer von jeher ausländischen Unterstützung unabhängig macht. Der gegenwärtige Krieg legt unserer Ernährungswirtschaft eine immerhin recht fühlbare Belastungsprobe auf. Wir könnten wohl kaum ohne schwere Krisen durchhalten, wenn wir unsere Lebenshaltung nicht erheblich eingeschränkt und uns manche Entsagung auferlegt hätten. Wenn die willkürliche Preissteigerung auch einen reichlichen Anteil an der Komplizierung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt, so ist die entstandene Teuerung und der Mangel an einzelnen wichtigen Nahrungs- und Futtermitteln doch zu einem großen Teil auf das Fehlen einer systematischen Vorratswirtschaft zurückzuführen. Die innere Entwicklung Deutschlands, der Bevölkerungszuwachs, die fortschreitende Industrialisierung, das schnelle Aufwachen großer städtischer Gemeinwesen, unsere geographische Lage inmitten starker Nationen, das Übergewicht Englands in der Beherrschung der See, das alles sind Faktoren, die im Hinblick auf zukünftige Kriege eine dauernde Gefahr für unsere Ernährungswirtschaft darstellen. Der jetzige Krieg hat in dieser Beziehung sehr eindringliche Lehren gezeitigt und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage der Vorratswirtschaft eine der dringendsten staatspolitischen Aufgaben der Zukunft sein muß.

In einer bei Julius Springer, Berlin, erschienenen Broschüre „Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft“ untersucht Dr. Hermann Levy, a. o. Professor in Heidelberg, die bei dem hier behandelten Thema sich ergebenden Einzelfragen. Es sei aus dieser Schrift der folgende Satz angeführt: „Vor allem gilt es, das Folgende zu bedenken: es liegt ein großer Unterschied darin, ob ein Land wie Deutschland, von einem plötzlichen Weltkrieg überrascht, in der Stunde der Gefahr mit allen möglichen Mitteln versucht, einer eventuellen Rohstoffkatastrophe Herr zu werden, oder ob es sich darum handelt, in Friedenszeiten Vorsorge für einen zukünftigen Kriegsfall zu treffen. Während im ersteren Fall fast jedes Mittel recht erscheint, das es ermöglicht, ohne Rücksicht auf die Kosten, den Vorrat durch neue, aber teuer arbeitende Methoden zu steigern usw., kommen alle diese Möglichkeiten für den Fall einer im Frieden vorbereiteten Vorratsvorsorge in viel geringerem Maße in Betracht.“ Im Verfolg seiner Untersuchung kommt der Verfasser, wo er die Frage der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung streift, wiederholt zu der Feststellung, daß es an einer planmäßigen Vorarbeit in dieser Beziehung bisher gefehlt hat. In Bezug auf die Feststellung der vorhandenen Vorräte und die Berechnung des Friedens- und Kriegsverbrauches sagt er, „daß uns die primitivsten Angaben nach dieser Richtung hin fehlen. Bei der Berechnung des Brotkonsums pro Kopf der Bevölkerung zeigte es sich, daß irgend welche empirischen Angaben hierüber nicht erhältlich waren, und daß lediglich die theoretische Ratio der Nahrungsphysiologen einen Anhaltspunkt bot, die naturgemäß auf soziale Unterschiede und dergleichen nicht Rücksicht nahm, sondern nur den „natürlichen“ Menschen betrachtete.“ Und weiterhin heißt es an einer anderen Stelle: „Das aber verdient hervorgehoben zu werden: daß diejenigen Maßnahmen, welche nunmehr innerhalb der Kriegszeit getroffen wurden, gerade deshalb vielfach einen „sensationellen“ Charakter erhalten haben, weil alle Arbeiten und Gedankengänge, welche auf jene Maßnahmen hin vorbereiten könnten, bislang gefehlt hatten. Außer wenigen sporadischen Aufträgen war so gut wie nichts über die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft Deutschlands geschrieben worden. Um so einschneidender mußte nun die Nützlichkeit erscheinen, unter der jetzt alles Unvorbereitete durchgeführt werden sollte.“



## Ehrentafel

für die im Kriege gefallen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

- Gottlieb Ruhm, Mitglied des Ortsvereins Breslau, 45 Jahre alt, auf Bahnwache tödlich verunglückt.
- Lois Baur, Mitglied des Ortsvereins Laupheim, 32 Jahre alt, durch Granatwurf am 26. 3. 16 gefallen.
- Otto Frißche, Mitglied des Ortsvereins Worms, 45 Jahre alt, am 25. 3. 16 gefallen.

### Ehre ihrem Andenken.

#### Ritter des Eisernen Kreuzes.

- Paul Gotthardt, Mitglied des Ortsvereins Breslau.
- Johann Wildegger, Mitglied des Ortsvereins Augsburg, das bayerische Militär-Verdienstkreuz mit Krone und Schwertern.



Das Merkmal der Unvorbereitung trat allerdings in diesem Krieg auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft stark in die Erscheinung und die Weisung für die Zukunft ergibt sich hieraus von selbst. Die Frage der Vorratswirtschaft ist stark in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung getreten. Diese Tatsache beweist, daß der Krieg hier ein Zeitproblem enthält, das der zukünftigen Lösung harret. In sachlicher Beziehung und bei der Erörterung der vielfachen technischen Einzelfragen, die sich hier ergeben, gehen die Meinungen noch stark auseinander und es fehlt nicht an Stimmen, die in der weitestgehenden staatlichen Monopolisierung der Produktion den Weg zum Heil erblicken. Hier wird eine ruhigere Friedenszeit die Arbeit der Klärung und objektiven Prüfung tun müssen. Aber diese Arbeit ist eine der großen Zukunftsaufgaben, die der Krieg gezeitigt hat.

## Vorratswirtschaft — eine Zukunftsauforderung.

(Schluß.)

Eine ganz besondere Tragweite in Beziehung zu dem jetzigen Kriege hat die Frage der Vorratsbeschaffung aber auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung. Bis zu welchem Grade die wirtschaftliche Zielerreichung Deutschlands sich gestalten kann, zeigt der gegenwärtige Krieg, der ja in Bezug auf die militärischen Operationen wie auf die politischen und weltwirtschaftlichen Konsequenzen noch ständig an Ausdehnung zunimmt. Der Begriff der Weltwirtschaft ist für uns bis auf weiteres nahezu völlig ausgeschaltet, in allen durch den Krieg gezeitigten Bedürfnissen und in unserer gesamten nationalen Erhaltung und wie auf die Eigenwirtschaft angewiesen. Was das, abgesehen vom sonstigen wirtschaftlichen Leben, für unsere Ernährungsökonomie bedeutet, können wir uns annähernd vorstellen, wenn wir daran denken, daß wir vor dem Kriege aus dem Ausland einen Nahrungsmittelzufluß einführt. Das sah auf viele Millionen von Tonnen belief. Auf das plötzliche Ausbleiben dieses Zuflusses, auf die völlige Einschnei-

## Bahnsturz im besetzten russischen Gebiet.

Kalendermäßig hat der Frühling seinen Einzug hier im besetzten Rußland gehalten. Die Schneefurche, welche wochenlang anhielt, scheint aufgehört zu haben. Eine stauffinere Nacht ist es. Der Sturm heult und jagt die Wolken am Himmel dahin. Ein Regenbatterer prasselt nieder, hört wieder auf, um mit neuer Stärke zu beginnen. Ich sehe hoch oben auf einem Bahndamm an einer Bahnstrecke, welche direkt zur Kampfzone führt. In Rußland sind die Bahndämme ziemlich hoch angelegt, um jedenfalls vor Schneeverwehungen geschützt zu sein. Meine Aufgabe ist, die mit überwiesene Bahnunterstützung, Bahnlampe und Telegrafenleitungen zu sichern, gegen jede Art von Störung. Zwar habe ich mich in meinen Mangel gekümmert und auch die Leitbahnen umgehängt, und kann ich auch meine Figur in eine Art Schilderhaus wandeln, — aber Schilderhäuser im Frieden und jetzt im Kriege. Jetzt hat man nicht die Möglichkeit, abseits gelegene Häuschen zu bauen. Heißer bläst der Wind durch und von vorne bläst er derartig heftig, daß ich in Angst und Sorge bin. Die Luft möchte jeden Augenblick die Bahndämme herunter tollern. Und ich bin, wie es schon im Besetzt vorhandenen, daß die Schilderhäuser nur im Notfall nützlich werden können, um nicht von derartigen Sturmverwehungen abgelenkt zu werden. Der Regen gar, welcher leicht anstehende Stollen zu durchdringen. So auch andere Bahnhöfe und Waggonen. Genug, es ist besser, als als Felder im Regen aufzuliegen. Ich veranlasse auf eine ab und ab zu gehen und links. Es heißt vorsichtig sein, denn von beiden Seiten können Stöße kommen und ihr Schrecken. Ganz mir ist dem Gefühl des Sturmes nicht los zu werden, auch aus dem Dunkel heraus ein großes Licht auf ein Zug. Ich muß mich zur Seite springen, aber

achgeben, daß ich nicht vom Bahndamm stürze. Der Zug rückt vorüber. Fröhlicher Gesang tönt aus verschiedenen Abteilen heraus. Soldaten sind's, die noch die kurze Strecke bis zur Front fahren. So denke ich und blinke der roten Laterne nach, welche im Dunkel verschwindet. Bei dem Geheul des Sturmes und dem Prasseln des Regens, arbeiten die Sinne schärfer als sonst. So glaube ich Schritte in der Nähe zu hören. Ich bringe mein Gewehr vor und rufe: „Halt! wer da?“ Aus der Antwort entnehme ich, daß es der revidierende Zugführer meines Zuges, ein Bizefeldwebel, ist. Nach Abgabe der parole und nach erstatteter Meldung, lasse ich ihn passieren. Es gibt noch einige Ermahnungen, resp. Zurechtweisungen, dann verschwindet er, um noch die anderen Posten zu revidieren. Auch wird er, bis auf die Haut durchnäßt, nach etwa drei Stunden zurückkehren. Gleich mir, stehen an allen Bahnhöfen, die durch das von uns besetzte Gebiet führen, Tag und Nacht Posten an Posten längs den Schienen entlang, an allen Kreuzungen und Unterführungen, auf allen Brücken. Es ist ganz Selbstverständliches, denn die Eisenbahnen müssen unter allen Umständen gegen jede feindliche Handlung geschützt sein. Gar doch die Fertigkeit unserer tüchtigen Eisenbahnern viel Arbeit gekostet. Die Spurweite der Schienen muß umgenagelt werden, denn die russische Spurweite ist breiter als unsere. Auch die zerstörten Brücken usw. sind in angestrengter Arbeit wieder hergestellt worden. Es mußte auch sein, damit unsere tapferen Truppen so schnell wie möglich Proviant und alles andere Notwendige nachgeholt werden kann. Bei dem granatosen Regen ist es für die Proviantkolonnen fast unmöglich, dieses zu leisten. Tausende deutscher Soldaten, meistens Landsturmmänner, versehen Bahnsturz. Der Zug, der jedoch meine Strecke passiert, ist vor mir von vielen prähen- den Augen begleitet worden, und hinter mir geben andere Ka-

meraden ihm das Geleit. Auch das ist ein Kriegsdienst, ein sehr wichtiger sogar, der getan sein will. Wer etwa glaubt, daß der Bahnsturz sozulagen einen gemütlichen Dienst darstellt, der möge einmal Tag und Nacht bei Regen und Sonnenschein, bei Kälte und Schnee da draußen auf den hohen Bahndämmen auf- und abpatrouillieren! Ihm wird die Luft dazu schon vergangen. Auch bei einer Astündigen Ruhe, die wir hier nicht immer haben. Vollends aber in Feindesland, wo man gegen alles mißtrauisch sein muß, was sich um einen bewegt. Wie leicht kann der Posten auf seinem hohen Stand heruntergeschossen werden, oder er fliegt mit seiner Brücke in dunkler Nacht in die Luft. Wie oft sind schon hier Anschläge gegen die Unterführungen der Bahndämme unternommen und vereitelt worden. Deshalb erklären auch die aus den Schützengraben zum Bahnsturz kommandierten Mannschaften, der frühere Dienst, abgesehen von der Lebensgefahr, sei nicht so austreibend gewesen. Trotzdem verliert ein deutscher Landsturmmann den Mut nicht, gar zu gerne wäre er wieder daheim im warmen Stübchen bei Weib und Kind, gar zu gerne möchte er einmal wieder entkleidet im weichen Bett schlafen, anstatt ständig in Kleidern auf dem harten Strohsack im Wachlokal. Aber man kämpft die Sehnsucht nach daheim zurück. Man weiß, es muß eben alles sein, dieses harte, harte Muß, um den Sieg über unsere zahlreichen Feinde davon zu tragen. Wenn der dauernde Frieden demaleinst wieder einkehrt, so wird man auch dem Landsturmmann Dank wissen für seine treue Pflichterfüllung, und ihn nicht wie früher mit 40 Jahren als arbeitsunfähig erklären, d. h. nur für die Arbeit in königl. Betrieben und größeren Privatbetrieben, wo Arbeiter im Alter von 40 Jahren nicht mehr eingestellt werden. Ist doch jetzt bewiesen, wie noch ältere Leute, über 40 Jahre alt, Dienste geleistet haben und auch können. Hing.

Die Nichtanerkennung des „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei seitens des „Correspondenzblatts“ scheint die Reaktion des „Vorwärts“ doch schwerer getroffen zu haben, als man sich zugehören will.

Der „Vorwärts“ geht dann des Näheren auf die Einzelheiten der Ausführungen des „Correspondenzblatts“, namentlich der Mannheimer Parteitagebeschlüsse ein. Wir können es uns versagen, hierauf näher einzugehen, da ja jeder auf seine Art versucht, die betreffenden Beschlüsse auszulegen.

Wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagebeschlüsse und der Machtbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependence der Generalkommission.

Wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagebeschlüsse und der Machtbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependence der Generalkommission.

portiert sind und an dem Leben der Partei tätigen Anteil nehmen. Was darüber hinausgeht, ist vom Uebel und jeder Einfluß der Gewerkschaftsleitungen über das hier umgrenzte Maß hinaus müßte für die Partei zum schmerzlichsten Verhängnis werden, ja das Ende jeder wirklich sozialdemokratischen Politik bedeuten!

Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sollte nicht vergessen, daß sie nur die Beauftragte der Massen ist. Wie die Massen über die Politik des 4. August denken und in Zukunft denken werden, ist noch keineswegs endgültig ausgemacht.

Vorläufige und Dauerrente.\*)

Durch die Reichsversicherungsordnung ist der den bisherigen UV-Gesetzen fremde Begriff der „vorläufigen“ Rente eingeführt worden. Ueber ihre Bedeutung und Wirksamkeit sind bereits einige wichtige Entscheidungen des Großen Senats ergangen, aus denen folgendes hier mitgeteilt werden mag:

Im § 1585 Abs. 1 RVO. ist bestimmt, daß, wenn die Rente eines Verletzten ihrer Höhe nach noch nicht als Dauerrente festgestellt werden kann, der Versicherungsträger berechtigt ist, während der ersten zwei Jahre nach dem Unfall vorläufig eine Entschädigung festzustellen.

Die Wirkung der vorläufigen Rente ist eine beschränkte. Einmal zeitlich, insofern der Versicherungsträger verpflichtet ist, spätestens mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Unfall die Dauerrente festzustellen (§ 1585 Abs. 2 RVO.), und sodann sachlich, weil die Grundlagen der Rentenbemessung nicht rechtskräftig werden, vielmehr bei Bewilligung der Dauerrente von neuem geprüft und festgestellt werden können.

Im übrigen ist bei der vorläufigen Rente der Streit beschränkt auf die Höhe der Rente. Ist überhaupt streitig, ob der Versicherungsträger Entschädigung zu leisten hat, so ist für die Bewilligung der vorläufigen Rente kein Raum.

Bei dieser beschränkten Wirksamkeit der vorläufigen Rente ist es erklärlich, daß die RVO. in dem Verfahren über derartige Rente, den Rechtsmittelzug eingeschränkt und das höchste Rechtsmittel, den Rekurs ausgeschlossen hat (§ 1700 Nr. 7 RVO.).

lischer durch minderwertige Streitigkeiten stark beschwert war, wirksam zu entlasten.

Ob nun beim unstreitigen Vorhandensein einer Verpflichtung zur Entschädigung eine vorläufige Rente festzustellen ist, hängt keineswegs vom freien Belieben des Versicherungsträgers ab. Vielmehr macht das Gesetz die Befugnis zur Feststellung einer vorläufigen Entschädigung — eine Dauerrente darfstets festgesetzt werden — davon abhängig, daß die Rente noch nicht als Dauerrente festgestellt werden kann, weil der oben erwähnte Beharrungszustand noch nicht eingetreten ist.

So ist durch Einführung der vorläufigen Rente einerseits eine freiere Beweglichkeit bei der Rentenfeststellung geschaffen, ohne daß die Rechte der Parteien irgendwie gefährdet wären, andererseits auch eine Entlastung des RMV. herbeigeführt, die sich bereits in einer beträchtlichen Verminderung der in den letzten Jahren eingelegten Rekurse gezeigt hat.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Im Monat Februar wies nach dem „Reichsarbeitsblatt“, abgesehen vom Webstoff- und Bekleidungsgerber, im Vergleich zum Vorjahr eine vielfach erhebliche Besserung auf. Wenn zu Friedenszeiten im Februar auch dem Vormonat gegenüber meist für eine Anzahl von Gewerben eine Steigerung hervorritt, so macht sich jetzt zur Kriegszeit eine solche Verbesserung nicht so auffällig geltend, da die Kriegswirtschaft dem Arbeitsmarkt heute das Gepräge gibt.

Die außerordentlich starke Nachfrage im Bergbau, die in Friedenszeiten im Februar vielfach weniger reger als im Januar ausfällt, hat sich wiederum behauptet und brachte eine meist stärkere Beschäftigung als im Vorjahr mit sich. Der hohe Koksverand des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbunds im Januar, der der höchste nicht nur im Kriege, sondern auch größer als der Höchstverand im Frieden, im Januar 1913, war, ist im Februar zwar nicht übertroffen worden, weil die Wagenstellung unregelmäßiger war, doch war die gesamte Förderung dieser Bechen im Februar an Tonnenzahl etwa höher als im Januar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. März dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber wie bisher eine Abnahme der männlichen Beschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen Beschäftigung. Die männlichen Beschäftigten haben im Februar um 29 855 oder um 0,66 v. H. gegenüber einer Verringerung um 0,29 v. H. im Januar abgenommen; bei den weiblichen Hilfskräften ist eine Zunahme um 19 388 oder um 0,50 v. H., d. h. eine etwas stärkere Zunahme als im Januar (+ 0,24 v. H.) zu verzeichnen.

Unter 815 196 Mitgliedern von 37 Fachverbänden waren 22 987 oder 2,8 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 838 845 Mitglieder berichtet und eine Arbeitslosenziffer von 2,6 v. H. festgestellt worden. Die Beschäftigungslosigkeit hat infolge einer Zunahme der Arbeitslosen unter den Webstoff- und Bauarbeitern trotz Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, in der Holz- und Lederindustrie wie im Fernschiffbau und im Bergbau gegenüber geringfügig zugenommen. Doch bleibt die Februarziffer erheblich unter der Arbeitslosenziffer im Vorjahr (5,1 v. H.) wie im Februar 1914 (3,7 v. H.).

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegen den Januar bei den Männern wie bei den Frauen eine geringere Zunahme des Andrangs. Es entfallen nämlich im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen bei den Männern 66 gegen 84 bzw. 90 Arbeitssuchende in den beiden Vormonaten, und beim weiblichen Geschlecht kamen auf 100 offene Stellen im Berichtsmonat 167 Arbeitssuchende gegen 163 im Januar dieses Jahres.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände verzeichnen für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie Schleswig-Holstein und Bayern im allgemeinen günstige oder zufriedenstellende Lage. Als im wesentlichen unverändert gegen den Vormonat wird der gewerbliche Arbeitsmarkt in Ostpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Mecklenburg wie auch in Württemberg geschildert. In Sachsen und Anhalt hat sich die Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Hilfskräfte im allgemeinen verschlechtert. Ebenso in Hamburg, wo sich die allgemeine Lage des männlichen Arbeitsmarktes nicht veränderte. In Westfalen trat eine geringe Verschlechterung ein. Im Rheinland ist in einzelnen Industrien die Lage unverändert, zum Teil etwas besser; für das Webstoffgewerbe jedoch machte sich eine weitere Verschlechterung geltend. Im Königreich Sachsen hat die Beschäftigung im Webstoffgewerbe ebenfalls noch weiterhin verringert. In Berlin-Brandenburg ist hingegen keine weitere Verschlechterung im Webstoffgewerbe hervorgetreten; auch im übrigen ist hier im allgemeinen zwar keine wesentliche Verbesserung festzustellen, doch machen sich auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Personen Anzeichen einer aufsteigenden Bewegung geltend. In Hessen und Hessen-Nassau hatte

\* Aus „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“. Verlag von Behrend u. Co., Berlin W., Luisstr. 23—24.

